

Weil die Zivilangestellten des Pentagons und Arbeiter in Rüstungsbetrieben bis 2. November 2012 über im Januar 2013 drohende Entlassungen informiert werden müssen, ist die Wiederwahl Obamas am 6. November 2012 gefährdet.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 138/12 – 01.08.12

Die Kürzung der Verteidigungsausgaben könnte Zehntausende von Zivilangestellten des Pentagons ihren Job kosten

Von Donna Cassata, The Associated Press
STARS AND STRIPES, 26.07.12

(<http://www.stripes.com/news/defense-cuts-could-hit-tens-of-thousands-in-dod-s-civilian-workforce-1.184146>)

WASHINGTON – **Mehrere zehntausend Zivilangestellte des Verteidigungsministeriums müssen vier Tage vor der Wahl im November vor ihrer drohenden Entlassung gewarnt werden, wenn die bereits beschlossenen Ausgabenkürzungen nicht rückgängig zu machen sind; das würde die für die Wiederwahl des Präsidenten Obama äußerst wichtigen Staaten Virginia und Florida besonders hart treffen.**

Diese Alarmsignale würden durch die gleichzeitige Ankündigung drohender Massenentlassungen verstärkt, zu denen große Rüstungsbetriebe nach einem häufig übersehenen Gesetz verpflichtet sind; gut drei Monate vor dem Gang zur Wahlurne nerven diese Aussichten das Weiße Haus sehr.

Frederick Vollrath, ein führender Vertreter des Pentagons, warnte am Donnerstag in einer Anhörung vor einem Ausschuss des Repräsentantenhauses vor dieser möglichen Entwicklung, die zur Entlassung von mindestens 10 Prozent der 800.000 Zivilbeschäftigten des Pentagons führen würde. Er legte aber auch Wert auf die Feststellung, dass noch keine Entscheidung über mögliche Entlassungen gefallen sei und die Regierung immer noch versuche, die drohende automatische Kürzung der Ausgaben für Verteidigung und Soziales um 1,2 Billionen Dollar zu verhindern.

"Ich glaube, dass viele (Kongressabgeordnete) immer noch nicht verstanden haben, was 'Sequestration' bedeutet," warnte Vollrath vor dem Unterausschuss für Bereitschaft des Verteidigungsausschusses des Repräsentantenhauses. (Da sich Republikaner und Demokraten bei der Erhöhung der Verschuldungsgrenze der USA im August 2011 nicht einigen konnten, ob die Ausgaben für Verteidigung oder Soziales schrumpfen sollten, legte der Kongress per Gesetz fest, dass beide Ausgabenbereiche ab Januar 2013 um 1,2 Billionen Dollar gekürzt werden müssen, falls bis dahin keine Einigung zu erzielen ist. Diese Festlegung wird als "Sequestration" bezeichnet.)

Der republikanische Abgeordnete J. L. Randy Forbes aus Virginia, der dem Unterausschuss vorsitzt, erinnerte Vollrath daran, dass die (automatischen) Kürzungen Bestandteil des Gesetzes sind, das von Republikanern und Demokraten gemeinsam im August letzten Jahres beschlossen und von Präsident Barack Obama unterzeichnet wurde (weitere Infos dazu unter http://rules.house.gov/Media/file/PDF_112_1/Floor_Text/DEBT_016_xml.pdf, http://en.wikipedia.org/wiki/Budget_Control_Act_of_2011 und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP12411_050811.pdf).

"Die Sequestration steht nicht mehr zur Debatte. Sie ist gesetzlich festgelegt und muss ab Januar umgesetzt werden," betonte Forbes.

Er wollte von Vollrath wissen, ob das Pentagon bereits mit den Planungen für die Umsetzung der Sparmaßnahmen begonnen habe.

"Ich kenne keine derartige Planung, das bedeutet aber nicht, dass es sie nicht gibt," erwiderte Vollrath.

Die alle Verteidigungsausgaben betreffenden Kürzungen müssen ab 2. Januar (2013) umgesetzt werden, und nach gesetzlichen Vorschriften müssen Angestellte des Verteidigungsministeriums 60 Tage im Voraus – also spätestens am 2. November 2012 – über bevorstehende Entlassungen informiert werden. Dem Kongress müssen irgendwelche Entlassungen sogar noch 45 Tage früher – also schon Mitte September – mitgeteilt werden.

In Virginia, einem Bundesstaat, dessen Wahlergebnis entscheidend für Obamas Wiederwahl sein könnte, gibt es besonders viele zivile Pentagon-Angestellte. Auch in den Militärbasen in Florida und North Carolina, in zwei weiteren Staaten, die für den Wahlsieg wichtig sind, ist die Anzahl der Zivilangestellten sehr hoch; außerdem sind Militäranlagen über die ganzen USA verstreut.

In diesen US-Bundesstaaten haben außerdem große Rüstungskonzerne wie die Lockheed Martin Corp. Fabriken.(s. http://de.wikipedia.org/wiki/Lockheed_Martin) **Letzte Woche erklärte Robert J. Stevens, der Vorsitzende und Geschäftsführer von Lockheed Martin, vor dem Kongress, die nach der Rasenmäher-Methode vorzunehmenden Kürzungen könnten zur Entlassung von 10.000 der 120.000 Beschäftigten seines Konzerns führen.**

Das müsse er seinen Beschäftigten dann 60 Tage im Voraus mitteilen.

Zu dieser Vorabinformation verpflichtet der Worker Adjustment and Retraining Notification Act (das Gesetz über die Entlassung und Umschulung von Arbeitern), das im Februar 1989 in Kraft trat. Dieses Gesetz, das die Arbeiter schützen und betroffene Kommunen vorwarnen soll, verpflichtet Arbeitgeber, zu erwartende Massenentlassungen oder Fabrik-schließungen 60 Tage vorher anzukündigen.

Das Gesetz gilt für alle Firmen, die 100 Angestellte oder mehr haben.

Vor der Ankündigung drohender Entlassungen fürchtet sich nicht nur das Weiße Haus, davor fürchten sich auch die Abgeordneten, in deren Wahlbezirken viele Zivilangestellte des Verteidigungsministeriums oder viele in Rüstungsbetrieben Arbeitende wohnen.

"Ich bitte die in Rüstungsbetrieben Arbeitenden in meinem Wahlbezirk dringend darum, sich mit ihren gewählten Vertretern in Verbindung zu setzen und eine ausgewogene Umsetzung des Sequestrationsbeschlusses zu fordern," sagte der demokratische Abgeordnete Gerry Connolly aus Virginia (s. <http://connolly.house.gov/>) in einem Interview.

Connolly warf den Republikanern außerdem vor, aus der (bereits 2011 beschlossenen) Erhöhung der Verschuldungsgrenze der USA erneut Kapital schlagen zu wollen.

"Ich denke, sie verhalten sich wie Kinder, die ihre Eltern ermordet haben, und vom Gericht Verständnis erwarten, weil sie jetzt Waisen sind," ergänzte er.

Drei republikanische Senatoren wollen nächste Woche zu einer Tour durch die vier für den Wahlausgang besonders wichtigen US-Bundesstaaten Virginia, New Hampshire, Florida und North Carolina starten, um auf die Folgen der bereits beschlossenen Kürzungen hinzuweisen.

Die Republikaner möchten vor allem Obama für die drohenden Entlassungen verantwortlich machen, obwohl sie die Kürzung der Ausgaben um 1,2 Billionen Dollar zur Reduzierung des Haushaltsdefizits der USA gemeinsam mit den Demokraten beschlossen haben.

Das beschlossene Gesetz sieht Kürzungen um fast 500 Milliarden Dollar in den nächsten zehn Jahren vor, weil sich die USA aus den Kriegen im Irak und in Afghanistan zurückziehen. Wenn der Kongress keine Möglichkeit findet, die als Sequestrations-Maßnahmen bezeichneten automatischen Kürzungen zu vermeiden, müssen die Ausgaben für Verteidigung und Soziales anschließend um weitere 500 Milliarden Dollar gekürzt werden.

Verteidigungsminister Leon Panetta hat die anstehenden Kürzungen "desaströs" genannt, aber noch nicht mitgeteilt, welche Auswirkungen sie auf die US-Truppen und die Beschaffung von Waffensystemen und Kriegsschiffen haben werden.

Jeffrey Zients, der gegenwärtige Chef des Office of Management and Budget (des Büros für Management und Budget im Pentagon), und Ashton Carter, ein Stellvertreter des US-Verteidigungsministers, werden nächste Woche vom Verteidigungsausschuss des Repräsentantenhauses befragt werden, wie die Regierung ab Januar 2013 die im ersten Jahr anstehende Kürzung der Verteidigungsausgaben um 55 Milliarden Dollar umsetzen will.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Von Entlassung sind natürlich nicht nur Zivilangestellte des Pentagons in den USA bedroht, sondern vor allem die einheimischen Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, weil sie keine Lobby im US-Kongress haben. Jeder entlassene Deutsche rettet einem US-Amerikaner den Arbeitsplatz.

Weiß die Bundesregierung über die drohende Massenentlassung deutscher Zivilbeschäftigter bei den US-Stationierungstreitkräften Bescheid, und wie gedenkt sie den Betroffenen zu helfen? Außerdem führt diese bereits seit Jahren zu beobachtende Entwicklung dazu, dass die US-Streitkräfte und ihre völkerrechts- und verfassungswidrigen Aktivitäten in und über unserem Land immer mehr zur reinen Belastung für die deutsche Bevölkerung werden und immer weniger Relevanz als "Wirtschaftsfaktor" haben. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

STARS AND STRIPES[®]

Defense cuts could hit tens of thousands in DOD's civilian workforce

By DONNA CASSATA, The Associated Press

Published: July 26, 2012

WASHINGTON — Tens of thousands of civilian employees in the Defense Department could receive warnings about potential layoffs four days before the November election if

impending spending cuts aren't averted, hitting presidential battleground states such as Virginia and Florida hard.

The alerts would come in addition to any that major defense contractors might send out at the same time to their workers under an often-overlooked law, a prospect certain to unnerve the White House roughly three months before voters go to the polls.

Frederick Vollrath, a senior Pentagon official, outlined the timeline for notification of possibly 10 percent of the 800,000-strong civilian workforce in testimony Thursday before a House panel. He cautioned, however, that no decision has been made on job cuts as Washington grapples with the looming, \$1.2 trillion automatic reductions in defense and domestic programs.

"I don't think anybody has been able to come to grips yet with the severity of what sequestration means," Vollrath told the House Armed Services subcommittee on readiness.

Rep. J. Randy Forbes, R-Va., the panel's chairman, reminded Vollrath that the cuts were part of the law that Republicans and Democrats voted for last August and President Barack Obama signed.

"Sequestration is not just some pipe dream out there. It is the law. It's on the books. It's scheduled to take place in January," Forbes said.

He pressed Vollrath on whether the Pentagon has done any work to implement the reductions.

"I am not aware of any planning, but that does not mean that there is no planning," Vollrath said.

The across-the-board cuts kick in on Jan. 2, and under the law, defense employees must be notified 60 days in advance - Nov. 2. Congress must be informed of any layoffs 45 days prior to that, or mid-September.

Civilian defense employees are heavily concentrated in Virginia, a state crucial to Obama's hopes for re-election. Their numbers also are significant at military bases in Florida and North Carolina, two other battleground states, and installations scattered around the country.

These states also are home to major defense contractors such as Lockheed Martin Corp. and their construction facilities. Last week, Robert J. Stevens, chairman and chief executive officer of Lockheed Martin, told Congress that the across-the-board reductions could result in layoffs of 10,000 employees from his company of 120,000 workers.

He also signaled that notices could go out 60 days in advance to the company's employees.

The notification is required under the Worker Adjustment and Retraining Notification Act, which went into effect in February 1989. The law designed to protect workers and communities requires employers to provide notice 60 days in advance of a plant closing or mass layoffs.

The law applies to companies with 100 employees or more.

While the possibility of layoff notices would cause consternation at the White House, it also worries lawmakers whose districts are home to Defense Department employees and military contract workers.

"I'm urging defense contractors in my district to contact their elected officials and urge a balanced approach to solve the problem of the sequester," said Rep. Gerry Connolly, D-Va., in an interview.

But Connolly also blamed the Republicans who he said wanted more than a simple vote to raise the nation's borrowing authority.

"And now it's like the orphan who murders his parents and throws himself on the mercy of the court because he's an orphan. I mean what," he said.

Three Senate Republicans plan a trip next week to four presidential battleground states - Virginia, New Hampshire, Florida and North Carolina - to warn about the impact of the cuts.

Republicans have blamed Obama for the reductions in projected defense spending, but Republicans as well as Democrats voted for the cuts as part of a \$1.2 trillion deficit-cutting plan.

The law implements nearly \$500 billion in cuts over 10 years as the nation emerges from wars in Iraq and Afghanistan. If Congress can't find a way to avert the automatic cuts, known as sequestration, defense and domestic programs would face another round of cuts of about \$500 billion apiece.

Defense Secretary Leon Panetta has said the reductions would be disastrous though he hasn't spelled out how the Pentagon would make the cuts to weapons, troops and ships.

Jeffrey Zients, acting head of the Office of Management and Budget, and Deputy Defense Secretary Ashton Carter will be questioned by the House Armed Services Committee next week on how the administration plans to make the one-year, \$55 billion in defense cuts beginning in January.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern